



## AUSGUCK

Von Joerg Helge Wagner

Hinterbänkler, aufgepasst: Das wird Eure Woche! Egal, ob Ihr Literpreise von fünf Euro fürs Benzin, ein Kopftuchverbot in Supermärkten oder doppeltes Dosenpfand für Kinderlose verlangt: Keine Forderung wird zu abstrus sein, dass wir nicht ausführlich darüber berichten werden.

### Bahn, Baum, Fluss

In der letzten Arbeitswoche vor ihrem Urlaub lässt Kanzlerin Merkel am Dienstag noch schnell im Kabinett das Gesetz zur Privatisierung der Bahn beschließen – das war's dann auch schon. Die Gewerkschaft der Lokführer werktel unterdessen noch an ihrer Urabstimmung zum unbefristeten Streik – was nahe legt, dass „Angie“ wohl kaum per Zug verreisen wird. Wohin? Das gilt derzeit als eines der bestgehüteten Hauptstadt-Geheimnisse...

Ganz offen gibt sich hingegen ebenfalls am Dienstag der NABU, wenn er seinen Jahresbericht 2006 und den umweltpolitischen Ausblick präsentiert. Vielleicht empfiehlt er uns ja dabei Urlaub auf Balkonien als Alternative zum „Zug nach nirgendwo“. In den Öko-Kontext passt auch ganz gut die „Feierstunde“ (es heißt wirklich so!) zum 10. Jahrestag des Oder-Hochwassers. „Gefeiert“ wird am Sonnabend am Flutzeichendenkmal in Neurant. Natürlich mit dabei: Matthias Platzeck, kurz

SPD-Chef, heute nur noch Regierungschef in Brandenburg – damals aber als Umweltminister so emsig, dass ihn das dankbare Oder-Volk in den ehrwürdigen Stand des „Deichgrafen“ erhob.

### Hoch oder Flaute?

Wenn es denn in der Politik so mager ist, müssen wir eben ein bisschen in der Wirtschaft wildern. Der Sommerschlussverkauf beginne morgen, meldet dpa, und er dauere bis zum 4. August. Wir sind irritiert: War der nicht längst abgeschafft worden? Nun, wir werden's ja sehen – morgen ab 9 Uhr am Grabbeltisch.

Sommerhoch oder beginnende Flaute? Das verraten uns dann wieder diverse Studien und Umfragen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) präsentiert am Dienstag seine als „Sommergrundlinien“ bezeichneten Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2007/2008. Was die wert sind, können wir vielleicht erraten, wenn der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau tags darauf seine Mitgliederbefragung vorstellt. Gefragt wurde nach Motiven für Investitionen und der Einstellung zum Standort Deutschland.

Das dürfte sich kaum von jenen Fragen unterscheiden, die das Münchner ifo Institut monatlich stellt, um den von ihm erfundenen „Geschäftsklima-Index“ zu ermitteln. Immerhin: Herrn Professor Hans-Werner Sinn hat das wohlhabend und prominent gemacht. Wie der Juli wirtschaftsklimatisch war, wird er uns am Donnerstag wieder vorlesen. Wir aber wünschen schöne (Semester-)Ferien!

## Taliban halten angeblich Südkoreaner in Geiselhaft

Regierung in Seoul nimmt Kontakt zu Geiselnern auf

SEOUL-KABUL (DPA). Während gestern der vermutliche Tod einer der entführten Deutschen in Afghanistan bekannt wurde, forderten die Taliban für die Freilassung von 23 angeblich in ihrer Gewalt befindlichen Südkoreanern die Entlassung ebenso vieler Gesinnungsgenossen aus afghanischer Haft.

Die gefangenen Taliban müssten bis Sonntagabend 19.00 Uhr Ortszeit freigelassen werden, sagte Taliban-Sprecher Ahmadi. Wenn man bis zum Ablauf dieser Frist keine positive Antwort von der afghanischen und südkoreanischen Regierung erhalte, „sind sie selbst für dann folgenden Konsequenzen verantwortlich“.

Zunächst war auf einer Internetseite der Taliban heute morgen, 7.00 Uhr, als Frist für die Freilassung der Häftlinge genannt worden. Südkoreas Präsident Roh Moo-Hyun forderte die sofortige Freilassung seiner Landsleute. „Unter keinen Umständen darf es einen Verlust von Leben geben“, sagte er in einer Fernsehansprache.

Nach Medienberichten hat die Regierung in Seoul Kontakt zu den Geiselnern. „Wir sind in Verbindung mit der militanten Gruppe und versuchen, den Kontakt über verschiedene Kanäle auszubauen“, wurde ein Beamter des Außenministeriums von der nationalen Nachrichtenagentur Yonhap zitiert.

Die Regierung sei bereit, alles mit den „maßgeblichen Parteien“ zu tun, um die rasche Freilassung der koreanischen Bürger zu erreichen, sagte der Präsident, ohne dies weiter auszuführen. Mit den „Parteien“ seien auch die radikal-islamischen Taliban gemeint, die nach eigenen Angaben die Südkoreaner entführten, sagte ein Regierungsbeamter in Seoul.

Am Freitag hatten die Taliban mit der Ermordung der Entführten binnen 24 Stunden gedroht, sollten die rund 210 südkoreanischen Soldaten nicht aus Afghanistan abgezogen werden. Insgesamt befanden sich nach Angaben Seouls 23 Südkoreaner in Geiselhaft. Ein Taliban-Sprecher hatte zuvor erklärt, dass die Islamisten am Donners-

tag 18 Südkoreaner, darunter 15 Frauen, im Südosten des Landes in ihre Gewalt gebracht hätten.

Südkoreas Außenminister Song Min Soon bekräftigte, Seoul werde am geplanten Abzug seiner Wiederaufbauarmee aus Afghanistan bis Ende dieses Jahres festhalten. Die Soldaten könnten „nicht einfach packen und gehen. Ihr Rückzug wird von militärischen Plänen diktiert“, sagte Song. Südkorea bereite den Abzug wie geplant vor.



Südkoreas Präsident Roh Moo-Hyun wandte sich in Seoul an die Geiselnern. FOTO: AFP

**In Ihrem zweiten Buch „Abschied von Multikulti“ weisen Sie sehr deutlich darauf hin, dass auch die Arbeitgeberverbände große Verantwortung tragen für die Zuwanderungsprobleme. Müssten sie deshalb nicht bei der Lösung mehr in die Pflicht genommen werden?**

Die Ursache der heutigen Probleme liegt in der Anwerbepolitik der 60er und 70er Jahre. Die Bundesregierungen haben das nachvollzogen, was die Arbeitgeber von ihnen gefordert haben. Es hat bis zum Anwerbestopp 1973 keine eigenständige Ausländerpolitik gegeben. Auch die so genannte Kettenmigration – Pioniere kommen in ein Aufnahmeland und holen dann ihre Verwandten und Bekannten nach – ist auf Initiative der Arbeitgeber zustande gekommen. In den 70er Jahren hat sich dann in der Folge die Zuwanderung immer mehr vom Bedarf des Arbeitsmarktes abgekoppelt. Insofern besteht hier eine Verpflichtung, zur Lösung der Probleme beizutragen.

**Als „Weg aus der Krise“ schlagen Sie Bildung vor. Das müsste aber doch nicht allein von Ländern und Kommunen finanziert werden. Wie wäre es mit einer „Integrationsabgabe“ der Unternehmen?**

Es hat Ende der 60er Jahre bereits Überlegungen gegeben, jene Unternehmen, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen, mit einer Abgabe zu belegen. Die sollte die Infrastrukturkosten, die durch die Zuwanderung auf die Kommunen zu kamen, zumindest zum Teil decken. Dem ist man dann aber nicht gefolgt. Grundsätzlich sind die Unternehmen in der Pflicht, nicht nur für den jeweils aktuellen Bedarf auszubilden. Hier muss sehr viel langfristiger gedacht werden. Wir müssen erst einmal jenen, die bereits hier leben, eine Eintrittskarte in unsere Wirtschaft und Gesellschaft geben – bevor wir darüber nachdenken, erneut Menschen aus dem Ausland anzuwerben.

**Wenn schon keine Abgabe, dann vielleicht ein Pakt – wie bei der Ausbildung?**

## „Unternehmen in der Pflicht“

Der Bremer Politologe Stefan Luft zu Chancen und Risiken der Ausländer-Integration

Unter den Geisteswissenschaftlern, die sich mit Integrations- und Ausländerpolitik befassen, ist der „bayrische Bremer“ Stefan Luft als überzeugter Konservativer ein Exot. Doch gerade er möchte die Wirtschaft nicht aus der Verantwortung entlassen für jene gesellschaftlichen Probleme, welche sich aus der Zuwanderung ergeben, gab er im Gespräch mit unserem Redakteur Joerg Helge Wagner zu verstehen.

**Frage: Mit 50 Einzelmaßnahmen und 250 Selbstverpflichtungen soll nun die Integration von 15 Millionen Menschen in Deutschland verbessert werden. Bremen will vor allem den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen. Ein sinnvoller Ansatz?**

**Stefan Luft:** Es ist sicher sinnvoll, dass es positive Vorbilder gibt – auch im öffentlichen Dienst: Polizeibeamte mit Migrationshintergrund etwa, die wissen, was ihr Gegenüber womöglich bewegt. Dennoch müssen Bürger, die hier in unserem Rechtsstaat leben, mit Polizeibeamten oder anderen Staatsdienern unabhängig von deren ethnischer Herkunft kooperieren. Ich sehe die Schwerpunkte, die gesetzt werden müssten, eher an anderen Stellen.

### An welchen?

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Integration in das Bildungswesen verbessert wird. Schüler mit Zuwanderungshintergrund verfehlen wesentlich häufiger einen Schulabschluss, sind an Sonder- und Hauptschulen stark überrepräsentiert. Die Chancen, höhere Abschlüsse zu erhalten, sind bei diesen Schülern geringer als bei einheimischen. Zudem geht die Integration in die Berufsausbildung seit Jahren zurück.



„Die Integration in die Berufsbildung geht seit Jahren zurück“, warnt der Wissenschaftler Luft und fordert, „nicht nur für den jeweils aktuellen Bedarf auszubilden“. FOTO: JOCHEN STOSS

Dieses in einem Pakt zu vereinbaren und die Unternehmen auch stärker an der Finanzierung zu beteiligen halte ich durchaus für gerechtfertigt. Es gibt einmal die historische Verantwortung. Zweitens geht es nicht an zu sagen: Wir sparen uns die Ausbildungskosten und importieren dafür lieber ausgebildete junge Menschen aus dem Ausland. Es wird nicht funktionieren, große Gruppen dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen. Das werden die sich nicht gefallen lassen – wir sehen das ja in Frankreich, in Großbritannien, in den Niederlanden.

**Sie sprechen in diesem Zusammenhang immer von „ethnischen Kolonien“. Ist das Ihr persönliches Synonym für Ghettos?** Nein. Ethnische Kolonien sind in Deutschland keine Ghettos. Die sozialräumliche Polarisierung etwa in den USA, in den Schwarzen-Ghettos, ist sehr viel stärker ausgeprägt als in der Bundesrepublik. Deswegen kann man in Deutschland nicht von Ghettos – geschweige denn von Slums – sprechen.

**Sie haben den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht als Irrweg kritisiert. Wie sollte es denn laufen?**

Die Länder und Kommunen müssen ihre Mittel auf den Erwerb der Zweitsprache – also Deutsch – konzentrieren. Oft ist ja die Motivation, Deutsch als Zweitsprache zu erlernen, sehr gering ausgeprägt. Warum? Weil in vielen Fällen Deutsch nicht im Alltag gebraucht wird: zu Hause, unter Freunden, beim Medienkonsum. Je höher die ethnische Konzentration ist, desto geringer ist die Motivation, die Zweitsprache zu erlernen.

**Grundschulklassen mit weit über 50 Prozent Ausländeranteil sind in einigen Vierteln eher Regel als Ausnahme. Muss man nicht auch die Lehrer anders ausbilden, um solche Klassen unterrichten zu können?** Es geht schon um die Kindergärten. Gerade die Ausbildung des Personals in den vorschulischen Einrichtungen muss sich an dem ausrichten, was die Kinder mitbringen und was nicht. Natürlich müssen auch die

Lehrer interkulturelle Kompetenz erwerben. Sie müssen vor allem lernen, mit Konflikten pädagogisch umzugehen. Lehrerinnen und Lehrer leiden häufig unter der Aggressivität und Gewaltbereitschaft, mit der sie konfrontiert sind.

**Durch ihre Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt werden Jugendliche aus Migrantenfamilien überdurchschnittlich oft kriminell. Sofort abschieben! wird dann häufig gefordert. Ist unser Staat zu lasch, um die Mehrheitsgesellschaft zu schützen?**

Zu den Ursachen der hohen Gewaltbelastung gehört neben der mangelnden Integration auch eine „Kultur der Ehre“. Ein zunehmendes Problem in vielen Großstädten ist das der „Intensivtäter“: Sie begehen innerhalb eines Jahres mehrere schwere Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte. Zum Teil sind sie erst 14, 15 Jahre alt, haben aber schon 50 Straftaten begangen. Justiz und Polizei versuchen dem Herr zu werden, indem sie eigene Ermittlungsgruppen bilden. Doch ein erheblicher Teil dieser Intensivtäter ist dem Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes offensichtlich nicht zugänglich.

### Daraus folgt?

Die Frage muss gestellt werden, ob der Grundgedanke der Haftvermeidung in diesen Fällen angemessen ist – oder ob nicht eine gesellschaftliche Wirklichkeit entstanden ist, auf die man besonders reagieren muss. Doch die Forderung „raus, und zwar schnell!“, wie sie Gerhard Schröder im Wahlkampf 1997 erhob, ist populistisch und in der Praxis aus vielen Gründen gar nicht zu erfüllen – etwa, wenn die Täter inzwischen deutsche Staatsangehörige sind.

### ZUR PERSON

Stefan Luft (46) ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Zum Thema Integration veröffentlichte er unter anderem die Bücher „Ausländerpolitik in Deutschland“ (2002) und „Abschied von Multikulti“ (2006). Von 1995 bis 2004 arbeitete er als Sprecher für mehrere Senatsressorts in Bremen.

### KURZ GEFASST

#### Erste Staatspräsidentin in Indien

NEU DELHI (DPA). Pratibha Patil (72) von der regierenden Kongresspartei wird neue Staatspräsidentin Indiens und damit die erste Frau in diesem Amt. Sie erhielt bei der Wahl vom vergangenen Donnerstag doppelt so viele Stimmen wie ihr Gegner Bhairon Singh Shekhawat (84) von der hindu-nationalistischen BJP, berichtete die indische Presseagentur PTI gestern. Aufgerufen waren die Volksvertreter aus den Landesparlamenten und dem Bundesparlament. Patil, bisher Gouverneurin des Bundesstaats Rajasthan, gilt als umstritten, da ihr frühere Unregelmäßigkeiten vorgeworfen werden.

#### Großoffensive im Irak

BAGDAD (DPA). US-Soldaten und irakische Sicherheitskräfte haben bei zwei Razzien in Bakuba 18 Aufständische getötet. Dies berichtete die irakische Nachrichtenagentur Aswat al-Irak gestern unter Berufung auf die irakische Armee. Bei den Aktionen seien 62 weitere Aufständische festgenommen worden. In der Provinz Diyala nordöstlich von Bagdad läuft derzeit eine große Sicherheitsoffensive gegen Aufständische. Bakuba ist die Provinzhauptstadt. Bei einem Luftangriff der US-Armee und der iraki-

schen Sicherheitskräften im Nordosten Bagdads kamen laut Augenzeugen mindestens 17 Zivilisten ums Leben. Der Angriff habe Stellungen der Aufständischen gegolten.

#### Olmert für Abzug

TEL AVIV-GAZA (DPA). Israels Ministerpräsident Ehud Olmert hat sich für einen Rückzug seines Landes aus dem Westjordanland ausgesprochen. Wer glaube, Israel könne seine Kontrolle über die gesamten besetzten Palästinensergebiete aufrechterhalten, „lebt in einem Traum“, sagte Olmert am Freitagabend bei einer Veranstaltung in einem Kibbuz. Israel müsse sich zurückziehen, fügte er nach israelischen Medienberichten hinzu. Ein solcher Abzug solle nicht einseitig erfolgen, sondern als Ergebnis von Verhandlungen mit der von Präsident Mahmud Abbas angeführten palästinensischen Autonomie-Behörde. Von Seiten Israels erfordere dies „harte Entscheidungen“.

#### Vermissten-Suche eingestellt

SANTA CRUZ (DPA). Zwei Tage nach dem Untergang eines Flüchtlingsbootes vor den Kanarischen Inseln ist die Suche nach dem vermutlich fast 90 Vermissten eingestellt worden. Es gebe keine Hoffnung mehr,

noch Überlebende zu finden, teilten die Behörden gestern in Santa Cruz auf Teneriffa mit. 48 Afrikaner waren nach dem Unglück gerettet worden. Die Überlebenden berichteten, an Bord hätten sich 135 Menschen befunden. Das Boot war gekentert, als ein Rettungskreuzer die in Seenot geratenen Afrikaner an Bord nehmen wollte.

#### Linke in Dresden gespalten

DRESDEN (DPA). Die Linken im Stadtrat von Dresden haben sich nach langen Querelen gespalten. Fortan gibt es neben der bisherigen Linksfraktion.PDS eine neue Fraktion Die Linke. Der Landesvorstand der Partei Die Linke unterstützt die Gründung der neuen Fraktion. „Die Dresdner Linke steht nun vor großen Herausforderungen, um das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen“, erklärte Landesgeschäftsführer Rico Gerhardt gestern. Er „setze große Hoffnung in die notwendige Neuformierung der Fraktion“.

#### US-Präsident operiert

WASHINGTON (AFP). US-Präsident George W. Bush hat gestern kurzzeitig die Amtsgeschäfte an seinen Stellvertreter Dick Cheney übergeben. Bei einer Darmspiegelung

seien fünf Polypen entdeckt und anschließend entfernt worden, teilte ein Sprecher des Präsidenten mit. Das entfernte Gewebe sei vermutlich gutartig, die genauen Ergebnisse würden in zwei bis drei Tagen erwartet. Der Eingriff an sich dauerte 28 Minuten, Cheney übernahm für zwei Stunden und fünf Minuten die Amtsgeschäfte. Um 09.21 Uhr Ortszeit (15.21 Uhr MESZ) übergab er wieder an Bush. Der 61-Jährige war nach Angaben des Sprechers in guter Verfassung.

#### Proteste gegen Neonazis

TÜBINGEN-LEIPZIG-KREFELD (DPA). Tausende Menschen haben gestern friedlich gegen Neonazi-Aufmärsche in Tübingen, Krefeld und Leipzig protestiert. Bis zum frühen Nachmittag kam es nach Auskunft der Polizei zu keinen größeren Zwischenfällen. In Tübingen gingen etwa 10.000 Menschen gegen die Kundgebung einer NPD-Unterorganisation mit rund 230 Teilnehmern auf die Straße, teilte die Polizei mit. In Leipzig zählte die Polizei rund 30 rechtsradikale Teilnehmer. Hunderte Leipziger protestierten gegen den Aufmarsch. In Krefeld nahmen rund 1200 Menschen an Protesten gegen eine Demonstration von rund 200 Neonazis teil.

### IMPRESSUM

## KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich  
sichtbare Ausgabe Ihrer Tageszeitung

PRESSEHAUS, REDAKTION UND DRUCK:  
Bremer Tageszeitungen AG · Briefanschrift: 28189 Bremen  
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

Chefredaktion und verantwortlich: Dietrich Ide, Volker Weise; verantwortlich für den Anzeigenteil: Thomas-Markus Werner, Werner Elberskirch, alle in Bremen. Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagausgabe. Abonnementkündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 61. Keine Gewähr für fernmündlich aufgegebenen Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Tel: 04 21 36 71 0  
Fax: 04 21 36 71 10 00

E-Mail: redaktion@btg.info

Anzeigenannahme Tel: 04 21 36 71 66 55  
Kleinanzeigen Fax: 04 21 36 71 10 10  
Anzeigen Fax: 04 21 36 71 10 00

E-Mail: anzeige@btg.info

Abonnenten-Service Tel: 04 21 36 71 66 77  
(7-12 Uhr) Fax: 04 21 36 71 10 20  
Nachliefer-Service Tel: 0800 36 71 222\*  
(7-11 Uhr) (\*kostenlos aus dem Festnetz)

E-Mail:abonnentenservice@btg.info